

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

22.08.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>MV-Gipfel tagt heute zur Energiekrise</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 22.08.2022</i> .....	3
2   <b>Atommülllager als Touristenschreck</b> <i>nd.DerTag/nd.DieWoche (neues deutschland), 22.08.2022</i> .....	4
3   <b>Keine Laufzeitverlängerung zum Gas-Sparen</b> <i>tagesschau.de, 22.08.2022</i> .....	6
4   <b>BGZ bleibt bei 'Logistikzentrum'</b> <i>Hessische Allgemeine Kassel Mitte, 20.08.2022</i> .....	7

## MV-Gipfel tagt heute zur Energiekrise

### Beratung in Rostock zur Versorgungslage

Eine bezahlbare und sichere Energieversorgung hat Priorität. Das ist seit Monaten die zentrale Aussage der Schweriner Landesregierung, die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig nicht müde wird zu wiederholen. Ob Tourismus oder Landwirtschaft, Bäckerhandwerk oder Fischerei - steigende Gas-, Strom- und Spritpreise bringen Betriebe in viele Branchen ans Limit. Die Landesregierung holt am Montag bei einem Landesenergiegipfel alle an einen Tisch.

Das gesamte Kabinett kommt dafür nach Rostock. Eingeladen sind Vertreter von Wirtschaft, Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kommunen, regionalen Energieversorgern und aus dem Verbraucherschutz. Erwartet wird auch der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, der über die Gasversorgungslage informieren will. Insgesamt zählt die Runde 64 Teilnehmer.

Neben kurzfristigen Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung von Haushalten und Industrie soll es bei dem Treffen um den verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien gehen. Wegen des fehlenden Planungsvorlaufs und wachsender Widerstände in Teilen der Bevölkerung wurden im Nordosten zuletzt kaum noch Windräder gebaut.

Das zeigen Zahlen des Beratungsunternehmens Deut-

sche Windguard. Demnach gingen in MV im ersten Halbjahr acht Windenergieanlagen neu ans Netz. In den ersten sechs Monaten der Jahre 2010 bis 2018 seien es im Durchschnitt viermal so viele gewesen. Hier soll deutlich mehr Tempo gemacht werden. Wirtschaftsminister Reinhard Meyer bekräftigte vor dem Gipfel das Ziel der Landesregierung, bis 2035 rechnerisch den gesamten Energiebedarf des Landes aus erneuerbaren Quellen zu decken und bis spätestens 2040 klimaneutral zu sein. „Da spielt die Steigerung des Ausbaus der erneuerbaren Energien in allen Bereichen eine bedeutende Rolle. Das Energiepaket der Bundesregierung gibt uns hierfür Rückenwind“, sagte der SPD-Politiker.

Von den Grünen hatte es Kritik am Zeitpunkt des Treffens gegeben. Der Gipfel komme Monate zu spät. Ministerpräsidentin Schwesig setze die falschen Prioritäten. Auch wenn in MV kein Atomkraftwerk steht, dürfte eine Laufzeitverlängerung der verbliebenen drei Anlagen thematisiert werden. Sie sollen Ende des Jahres vom Netz gehen. Die SPD-Politikerin Schwesig hatte sich in der Frage gegen „Denkverbote“ ausgesprochen.

Der CDU-Wirtschaftsrat in Mecklenburg-Vorpommern positionierte sich angesichts der Gaskrise für einen Weiterbetrieb von Atom- und Kohlekraftwerken.

# Neues Deutschland

nd.DerTag/nd.DieWoche (neues deutschland) | 22.08.2022 | S. 5

Auflage: 16.931

Reimar Paul

## Atommülllager als Touristenschreck

### An der Weser könnte ein Zwischenlager gebaut werden

*Eine riesige Halle und unablässiger Lieferverkehr: Im Weserbergland wird ein Einbruch der Gästezahlen befürchtet, sollte dort tatsächlich ein Atommülllager gebaut werden.*

Nur mal so als Beispiel: Das Brandenburger Tor, sagt Dirk Wilhelm, ist rund 20 Meter hoch. Ohne Quadriga. Die Entfernung vom Tor zum Reichstag beträgt etwa 280 Meter. »Und nun stellen Sie sich mal vor, um die beiden Bauwerke würde eine Betonhalle gebaut.« Nein, nein, kein temporäres Verhüllungskunstwerk wie von Christo, sondern ein Gebäude von Dauer, in und aus dem die nächsten 30 Jahre täglich Container mit Müll gebracht und abgefahren werden. Mit Atommüll. »Wären das nicht schöne Aussichten für die Gäste im Hotel Adlon gegenüber der gigantischen Halle?«, fragt Wilhelm.

Wilhelm ist Vorsitzender der Bürgerinitiative Atomfreies 3-Ländereck. Mit dem Beispiel aus Berlin will er verdeutlichen, was seiner Heimatregion Weserbergland blühen könnte, wenn auf dem Gelände des ehemaligen AKW Würgassen an der Weser ein gigantisches Zwischenlager für radioaktive Abfälle errichtet wird.

Tatsächlich plant die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) dort, im Dreiländereck von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen, den Bau einer noch größeren Halle als von Wilhelm skizziert. 325 Meter lang, 125 Meter breit und 16 Meter hoch, soll sie werden. Und ab 2027 allen in Deutschland angefallenen schwach und mittlerradioaktiven Müll aufnehmen, der später für eine Endlagerung im Schacht Konrad in Salzgitter vorgesehen ist – insgesamt rund 300 000 Kubikmeter.

In seinen geschätzt 30 Betriebsjahren wird das offiziell sogenannte Logistikzentrum Konrad in Würgassen den Planungen zufolge quasi rund um die Uhr von Lastwagen und Zügen angefahren, die den strahlenden Schrott anliefern und, teils neu verpackt, wieder abholen und nach Salzgitter weiter transportieren. Die Kosten für das Zwischenlager werden auf 450 Millionen Euro geschätzt.

Dass – mal ganz abgesehen von den von vielen befürchteten Risiken der Atommüllleinlagerung und

-transporte – der florierende Outdoor-Tourismus am Fluss durch das Logistikzentrum nachhaltig leiden wird, befürchtet auch Petra Wegener, Geschäftsführerin des Vereins »Weserbergland Tourismus« in Hameln. Der Tourismus sei ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor in der Region, sagt sie, und könne inzwischen eine äußerst erfolgreiche Bilanz vorweisen: Drei Millionen Übernachtungen jährlich, einen »Bruttoprimärumsatz« von einer Milliarde Euro und 22 000 Vollzeitarbeitsplätze.

Das »touristische Rückgrat« der Region, der Weser-Radweg, sei in den vergangenen Jahren mit hohen Investitionen zum Premiumprodukt in Deutschland ausgebaut worden, erläutert die Touristikerin. Die mit vier Sternen bewertete ADFC-Qualitätsroute führt vom südniedersächsischen Hannoversch Münden über rund 500 Kilometer nach Bremerhaven und wurde das dritte Jahr in Folge als beliebtester Fernradweg in Deutschland ausgezeichnet.

Die rund 350 000 Radler\*innen, die den Weg jährlich befahren, wären künftig mit dem Anblick und möglicher Strahlung des direkt an der Strecke liegenden Zwischenlagers konfrontiert. Sollten dadurch auch nur einige Übernachtungen und Tagesgäste ausbleiben, bedeutet dies Wegener zufolge einen hohen Schaden für die gesamte Region: »Die Wirtschaftskette, die durch den Tourismus in Gang gesetzt wird, ist dann unterbrochen und kann vehemente Auswirkungen erzeugen«, sagt sie.

Anti-Atom-Aktivist Wilhelm merkt an, dass alleine schon die vierjährige Bauzeit des Atommülllagers mit zehntausenden von LKW-Transporten etwa zur Aufschüttung des Geländes zum Hochwasserschutz »negative Auswirkungen auf eine der wesentlichen Lebensadern in der Region« haben werde. Ob die Gütesiegel des ADFC dann noch ins Weserbergland vergeben würden, bleibe abzuwarten.

Der Protest vieler Bürger\*innen, Kommunen und Lo-

kalpolitiker\*innen gegen das geplante Atommüllzwischenlager ist inzwischen überall im Dreiländereck präsent. Bei Festen und Kunsthandwerkmärkten beiderseits des Flusses ist die Bürgerinitiative Atomfreies 3-Ländereck mit Ständen und symbolischen Atommüll-Containern aus Sperrholz und Pappmaché präsent. »Solche Behälter gehören dann ab 2027 für dreißig Jahre ins alltägliche Stadt- und Dorfbild«, warnt Dirk Wilhelm.

Noch hat der Bund keinen förmlichen Bauantrag für das Logistikzentrum gestellt. Die Atomkraftgegner\*innen schöpfen neue Hoffnung, dass das so bleibt. Denn aus einem aktuellen Gutachten, das die Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen beauftragt hatten, geht hervor, dass das Zwischenlager für den späteren Betrieb von Schacht Konrad gar nicht unbedingt nötig ist.

## HABECK ZU ATOMKRAFTWERKEN

# Keine Laufzeitverlängerung zum Gas-Sparen

*Wirtschaftsminister Habeck hat ausgeschlossen, dass die AKW-Laufzeiten verlängert werden, um Gas zu sparen. Der Ertrag wäre zu gering. Doch vom Ergebnis des Stresstests hängt ab, ob die AKW länger gebraucht werden, um das Stromnetz im Winter zu stabilisieren.*

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat ausgeschlossen, dass die Laufzeit der letzten drei deutschen Atomkraftwerke über das Jahresende hinaus verlängert wird, um Gas einzusparen. Mit dem AKW-Weiterbetrieb könne man den Gasverbrauch um maximal zwei Prozent senken, sagte der Grünen-Politiker bei einem Bürgerdialog am Tag der offenen Tür der Bundesregierung. "Für das wenige, was wir da gewinnen, ist es die falsche Entscheidung." Es gebe zum Gas-Sparen andere Möglichkeiten. Dafür solle der Konsens zum Atom-Ausstieg nicht wieder aufgeschnürt werden.

Etwas anderes sei die Frage der Stromnetz-Stabilität gerade in Bayern im Winter, sagte der Grünen-Politiker. "Das könnte unter bestimmten Voraussetzungen zu einem Problem werden." Auch wenn die Gründe von Bayern etwa wegen des fehlenden Ausbaus der Windenergie oder der Netze zu verantworten seien, müsse die Versorgungssicherheit gewährleistet werden. Ein Ergebnis der Prüfung im Rahmen des von der Regierung in Auftrag gegebenen Stresstests gebe es aber noch nicht.

Ähnlich äußerte sich Bundeskanzler Olaf Scholz beim Tag der offenen Tür im Kanzleramt. Das Ergebnis des Stresstests für die drei noch laufenden Atomkraftwerke werde "Ende des Monats, vielleicht Anfang des nächsten Monats" abgeschlossen sein, sagte Scholz. Dann werde man entscheiden, ob die Meiler noch über das Jahresende hinaus genutzt werden sollen. Die Atomkraftwerke könnten aber ohnehin nur einen kleinen Beitrag zu Lösung der Energieprobleme beitragen. Wie problematisch die Technik sei, zeige sich in Frankreich, wo derzeit viele Atomkraftwerke ausfielen. Neubauten seien so teuer, dass sie anders als erneuerbare Energie für hohe Strompreise sorgten.

### Regierung will Stresstest abwarten

Die Regierung hat den Stresstest bei den Stromnetzbetreibern in Auftrag gegeben. Dabei wird geprüft, ob etwa eine Streckung des Betriebs der AKW erforderlich sein könnte, um das Netz stabil zu halten und die Versorgungssicherheit zu garantieren. Dabei spielt unter anderem eine Rolle, dass Frankreich zahlreiche seiner AKW wegen Wartungsarbeiten vom Netz genommen hat und so teilweise von Deutschland mitversorgt wird. Das Problem für Frankreich könnte sich im Winter verschärfen, da das Land auch beim Heizen stark auf Strom setzt.

### Habeck gegen Öffnung von Nord Stream 2

Eine Öffnung der deutsch-russischen Gas-Pipeline Nord Stream 2, um die Gasversorgung möglicherweise zu sichern, wäre aus Sicht von Habeck ein Einknicken vor dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Damit würde man indirekt sagen, Putin habe Recht, sagte Habeck. "Hat er aber nicht." Die Pipeline Nord Stream 2 ist fertiggestellt, aber nicht in Betrieb genommen worden. Die Bundesregierung hatte das Genehmigungsverfahren dafür im Februar auf Eis gelegt.

Habeck erklärte, Russland drossle die Lieferungen über Nord Stream 1, obwohl die Leitung "vollständig operabel" sei. "Das heißt, die Annahme, dort könnte nicht mehr Gas durchgeschoben werden, ist russische Propaganda." Deutschland müsse stattdessen neue Energiequellen erschließen. FDP-Vize Wolfgang Kubicki hatte sich in einem am Freitag veröffentlichten Bericht des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) für die Öffnung der Ostseepipeline Nord Stream 2 ausgesprochen, um die Gasspeicher für den Winter zu füllen. Der Vorstoß war auch in seiner eigenen Partei auf Ablehnung gestoßen.

## BGZ bleibt bei 'Logistikzentrum'

Die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung erklärt ihr Vorhaben in Würgassen wie folgt: Sie plane ein Logistikzentrum für das Endlager Konrad (LoK). Dieses soll dazu dienen, 'die für das Endlager Konrad bestimmten Behälter mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen zügig und passgenau zusammenzustellen, um so die Befüllung des Endlagers in Salzgitter zu beschleunigen.' Mehr als 300 000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiver Atommüll aus dem Betrieb der AKW, aus Forschung, Industrie und Medizin müssten entsorgt werden. Dieser Atommüll werde in über drei Dutzend Zwischenlagern für die Entsorgung im Endla-

ger Konrad aufbewahrt. 'Das Problem dabei: Die verschiedenen Abfallbehälter können nur in einer bestimmten Zusammenstellung im Endlager Konrad eingelagert werden. Es ist jedoch nicht möglich, die Behälter in den Zwischenlagern in solche entsprechenden Chargen zusammenzustellen. Deshalb droht eine erhebliche Verzögerung bei der Endlagerung.'

Im geplanten Logistikzentrum sollen Behälter mit fertig verpacktem Atommüll aus den Zwischenlagern zusammengeführt und für den Weitertransport ins Endlager zusammengestellt werden. Von dort gehe es ins Endlager Konrad. neu